



MACHTKAMPF ZWISCHEN REGIERUNG UND PRÄSIDENT DIE UKRAINE IN WIRTSCHAFTSBEZOGENEN LÄNDERRATINGS

■ KOMMENTAR

Der politische Machtkampf in der Ukraine. Kurzsichtigkeit mit langfristigen Folgen 2
Von Heiko Pleines, Bremen

■ ANALYSE

Die Ukraine in wirtschaftsbezogenen Länderratings. Wirtschaftssystem, Geschäftsumfeld
und Kreditwürdigkeit im internationalen Vergleich 7
Von Heiko Pleines, Bremen

■ DOKUMENTATION

Wirtschaftsbezogene Länderratings im Überblick 9
Teil 1: Wirtschaftssystem 9
Teil 2: Geschäftsumfeld 13
Teil 3: Korruption 18
Teil 4: Kreditwürdigkeit 20
Teil 5: Sozioökonomisches Entwicklungsniveau 21

■ CHRONIK

Vom 27. Februar bis zum 12. März 2007 22

*Die nächsten Ukraine-Analysen erscheinen nach der Osterpause am 24. April 2007.
Thema werden die ukrainischen Regionen sein.*



Kommentar

Der politische Machtkampf in der Ukraine. Kurzsichtigkeit mit langfristigen Folgen

Von Heiko Pleines, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Einleitung

Mit Hilfe der Orangen Revolution setzte sich Viktor Juschtschenko, unterstützt von Julia Timoschenko und Alexander Moros, in der Präsidentschaftswahl Ende 2004 gegen Viktor Janukowitsch durch. Als Preis hierfür akzeptierte er eine Verfassungsreform, die eine erhebliche Verlagerung politischer Kompetenzen vom Präsidenten zum Parlament, d.h. konkret zu einer Regierungskoalition, vornahm.

Im Frühjahr 2006 gewann die Partei der Regionen von Viktor Janukowitsch die Parlamentswahlen, erreichte jedoch keine absolute Mehrheit. Da die drei Kräfte des orangen Lagers sich nicht auf die Bildung einer Regierungskoalition einigen konnten, gelang Janukowitsch im Spätsommer ein Comeback. Unter Einbeziehung der Sozialisten von Moros und der Kommunisten bildete er eine funktionsfähige Regierung. Seitdem befinden sich Präsident und Regierungskoalition in einem zunehmend eskalierenden Machtkampf.

Akteure

Viktor Janukowitsch nutzt die durch die Verfassungsreform gewonnenen Kompetenzen aggressiv, um den Präsidenten aus der Politikgestaltung auszuschließen. Dabei versucht er, die dem Präsidenten formal noch verbliebenen Kompetenzen zu unterlaufen oder formal abzuschwächen.

Janukowitsch kann dabei auf die Unterstützung seiner Koalitionspartner und damit auch der Parlamentsmehrheit setzen. Sowohl die Kommunisten als auch die Sozialisten, die sich bei ihren Wählern durch ihren rasanten Kurswechsel im Laufe der Koalitionsverhandlungen diskreditiert haben, würden bei Neuwahlen wohl nicht mehr ins Parlament einziehen. Ihre politische Existenz ist dementsprechend eng mit dem Erfolg der Regierungskoalition verknüpft. Die Partei der Regionen hingegen würde Umfragen zufolge bei Neuwahlen noch besser abschneiden als im März 2006 und unter Umständen sogar eine absolute Mehrheit gewinnen.

Viktor Juschtschenko, dessen Partei Unsere Ukraine, der große Verlierer der Parlamentswahl war und sich seitdem in einer Krise befindet, hat nach dem Scheitern der orangen Regierungskoalition zuerst versucht, mit Janukowitsch zu kooperieren. Gemeinsam wurde eine Erklärung der nationalen Einheit unterschrieben und Unsere Ukraine entsandte zusätzlich zu den zwei von Juschtschenko direkt ernannten Ministern fünf weitere Minister in die Regierung und nahm Koalitionsverhandlungen auf.

Die Regierungskoalition war jedoch auf Unsere Ukraine in keiner Weise angewiesen und hatte deshalb auch keinen Grund, die abweichende Politik der von Unsere Ukraine gestellten Minister mitzutragen. Gleichzeitig hat Unsere Ukraine noch weiter die Gunst

der Wähler verloren, so dass Neuwahlen für die Partei in einem Debakel enden könnten. Juschtschenko hat deshalb im Parlament keinen direkten Einfluss mehr und kann nur seine Kompetenzen als Präsident einsetzen, um sich gegen Janukowitsch in der Politikgestaltung zu behaupten.

Julia Timoschenko hat durch den Seitenwechsel der Sozialisten und die Krise von Unsere Ukraine die Chance erhalten, sich als einzige Oppositionskraft zu profilieren. Neuwahlen würden die Partei der Regionen und der Block Timoschenko unter sich ausmachen. Timoschenko muss sich also einerseits als „einzige echte Opposition“ klar gegen die Regierungskoalition positionieren. Andererseits darf sie Juschtschenko auch nicht zu direkt unterstützen, um innerhalb des Oppositionslagers nicht erneut einen Konkurrenten zu erhalten.

Gleichzeitig scheint Timoschenko beschlossen zu haben, den aktuellen Machtkampf abzuwarten, um anschließend als lachende Dritte die nächsten (oder auch übernächsten) Wahlen zu gewinnen. Mit der Perspektive, in absehbarer Zeit selber Ministerpräsidentin zu werden, gibt es im übrigen für Timoschenko auch keinen inhaltlichen Grund, Präsident Juschtschenko bei der Stärkung seiner Position zu helfen.

Die zentrale Herausforderung für Timoschenko besteht dementsprechend darin, bis zu den nächsten Wahlen ihre Partei zusammen- und ihre Popularität hochzuhalten. Um ihre Partei, die de iure ein Wahlblock aus vielen unterschiedlichen Parteien ist, zusammenzuhalten, muss sie führenden Parteimitgliedern Posten anbieten können und parteiintern Druck ausüben können. Dementsprechend versucht sie, die Zahl der an die Parlamentsopposition

vergebenen Posten zu vergrößern und setzt sich für Regelungen ein, die Abgeordnete stärker an ihre Fraktion binden. Um diese Änderungen zu erreichen, muss sie mit der Regierungskoalition verhandeln. Um ihre Popularität hochzuhalten, muss sie gleichzeitig in der Öffentlichkeit präsent sein, um nicht durch den Konflikt zwischen Regierungskoalition und Präsident marginalisiert zu werden.

Der Austritt von Unsere Ukraine aus der Regierung

Der erste große Konflikt zwischen Regierungskoalition und Präsident eskalierte bereits gut einen Monat nach der konsensualen Regierungsbildung. Bei seinem offiziellen Besuch im NATO Hauptquartier in Brüssel erklärte Ministerpräsident Janukowitsch am 14. September 2006, dass die Ambitionen seines Landes, noch 2006 dem NATO Aktionsplan beizutreten, verfrüht seien. Der Aktionsplan gilt allgemein als Vorstufe der Mitgliedschaft. Die Erklärung von Janukowitsch löste in der Ukraine eine heftige politische Debatte aus. Außenminister Boris Tarasjuk erklärte öffentlich, dass Janukowitsch nicht die Kompetenz besäße, außenpolitische Aussagen für die Ukraine zu formulieren. Er wurde dabei von Verteidigungsminister Anatoli Hryzenko unterstützt.

Der Konflikt zeigte klar, dass Ministerpräsident Janukowitsch nicht gewillt war, inhaltliche Zugeständnisse an die Regierungspartner von Unsere Ukraine zu machen. Mit mehrfachen Ankündigungen und vielfachen Aufrufen zu neuen Verhandlungen rangen sich die fünf von Unsere Ukraine direkt in die Regierung entsandten Minister deshalb schließlich im Oktober zum Rücktritt durch. Innenminister Juri Luzenko zog sein Rücktrittsgesuch jedoch auf Bitten von Präsident Juschtschenko wieder zurück.

Die Generalstaatsanwaltschaft begann daraufhin Ermittlungen gegen Luzenko wegen belangloser Dienstvergehen, die später vor Gericht zu einer symbolischen Geldstrafe führten, die aber als Korruptionsvorwürfe an die Massenmedien gegeben wurden. Das Parlament setzte hierzu medienwirksam einen Untersuchungsausschuss ein und stimmte am 1.12.2006 für die Entlassung Luzenkos. Damit werden in der Regierung nur noch Außen- und Verteidigungsminister nicht von der Regierungskoalition gestellt.

Konfliktfeld Außenpolitik

Da Außen- und Verteidigungsminister vom Präsidenten ernannt werden, können sie eine unabhängige Linie verfolgen. Trotzdem gelang es der Regierungskoalition, sie zunehmend unter Druck zu

setzen. Mit der Mehrheit der Regierungskoalition forderte das Parlament die beiden Minister auf, zum 15.11. einen Tätigkeitsbericht zu präsentieren. Bei der Präsentation der Berichte konnte sich das Parlament jedoch nicht auf eine Stellungnahme einigen.

Am 29.11. eskalierte der Konflikt zwischen Janukowitsch und Tarasjuk dann erneut, als der Ministerpräsident in einer im Fernsehen übertragenen Regierungssitzung ein offizielles Schreiben des Außenministeriums verlas, das ihn informierte, dass seine USA-Reise auf unbestimmte Zeit verschoben werden müsse, da er nicht um die Zustimmung des Präsidenten für eine Regierungsverordnung zu den Zielen der Reise nachgesucht habe. In der Sitzung unterzeichnete Janukowitsch die Regierungsverordnung, die anschließend vom Präsidenten genehmigt wurde. Janukowitsch erklärte, dass er seine Vorbehalte gegen den Außenminister schriftlich an das Parlament geben werde. Am 1.12. stimmte das Parlament dann mit den Stimmen der Regierungskoalition für die Entlassung von Außenminister Boris Tarasjuk. Präsident Juschtschenko erklärte jedoch, dass er die Entlassung nicht akzeptiere und Tarasjuk im Amt verbleiben solle.

Tarasjuk wurde im Folgenden am Zugang zu Regierungssitzungen gehindert. Den Besuch Tarasjuks in der Tschechischen Republik am 15.1.2007 bezeichnete die Regierung als „nicht autorisiert“. Ministerpräsident Viktor Janukowitsch forderte die Generalstaatsanwaltschaft auf, Maßnahmen gegen Tarasjuk zu ergreifen. Das Außenministerium erklärte hingegen, dass die Reise Tarasjuks mit dem Präsidenten abgesprochen sei. Wie zur Bestätigung seiner Richtlinienkompetenz in der Außenpolitik entließ Präsident Juschtschenko eine Woche später den ukrainischen Botschafter in Österreich, da dieser auf Einladung des Transportministers Mikola Rudkowskis Visa an zwei turkmenische Oppositionsführer vergeben hatte. Juschtschenko forderte die Entlassung Rudkowskis, da dieser sich unbefugt in die ukrainische Außenpolitik eingemischt habe.

Am 30.1. trat Tarasjuk sichtlich genervt von seinem Amt zurück. Juschtschenko schlug daraufhin seinen Stellvertreter, Wolodimir Ohrisko, als Nachfolger vor. Dieser wurde jedoch am 22.2. nach Tumulten im Sitzungssaal vom Parlament abgelehnt. Um die Ernennung des neuen Außenministers entsteht damit vorerst eine Pattsituation.

Konfliktfeld Verfassungsreform

Das Patt um die Entlassung Tarasjuks zeigt, dass die Verfassungsreform, die im Zuge der Verhandlungen am Runden Tisch während der Orangen

Revolution unter extremem Zeitdruck zustande kam, Lücken aufweist. Während sie die Kompetenz zur Ernennung der Außen- und Verteidigungsminister klar regelt, macht sie bezüglich deren Entlassung keine expliziten Aussagen. Auch in anderen Fällen bietet sie für ein Patt zwischen den politischen Akteuren keine eindeutige Lösung.

Präsident Juschtschenko, der selber an der Vereinbarung zur Verfassungsreform beteiligt war, hat deshalb schon frühzeitig eine Annullierung der Reform gefordert. Hierzu müsste das Verfassungsgericht die Änderungen als verfassungswidrig einstufen. Das Parlament, das dadurch seine neu gewonnenen Kompetenzen verlieren würde, war deshalb mehrheitlich gegen eine Anrufung des Verfassungsgerichtes. Es blockierte lange Zeit die Ernennung der Verfassungsrichter, womit das Verfassungsgericht funktionsunfähig blieb. Zeitgleich zur letztendlichen Ernennung der Verfassungsrichter im August 2006 verabschiedete das Parlament ein Gesetz, das eine Überprüfung der Verfassungsreform 2004 durch das Verfassungsgericht untersagt. Da dieses Gesetz eindeutig verfassungswidrig ist, besteht formal weiter die Möglichkeit nach einer Verfassungsbeschwerde gegen dieses Gesetz auch eine Überprüfung der Verfassungsreform durch das Verfassungsgericht zu erreichen. Zu welchem Urteil die Überprüfung kommen würde, ist aber offen.

Dementsprechend haben sowohl Regierungskoalition als auch Präsident es bisher vorgezogen, mit Hilfe einer neuen Reform die verbliebenen Lücken zu schließen. Die Regierungskoalition entwarf hierzu einen Gesetzentwurf „Über die Regierung“, der alle strittigen Fragen zugunsten der Regierung entschied. Präsident Juschtschenko brachte seinen eigenen Gesetzentwurf in das Parlament ein. Da er gegen den Gesetzentwurf der Regierungskoalition sein Veto einlegen kann, scheint er auf einen Kompromiss über Verhandlungen gehofft zu haben. Ende November rief er so zu Gesprächen am Runden Tisch auf.

Da diese Idee aber keinen Anklang fand, legte er 86 Änderungsvorschläge zum Gesetzentwurf der Regierungskoalition vor und als das Parlament die Version der Regierungskoalition unverändert verabschiedete, legte er dann im Januar 2007 sein Veto ein. Hier gelang der Regierungskoalition nun ein wesentlicher Durchbruch, indem sie durch die Unterstützung des Blocks Timoschenko die notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit zur Überstimmung des Vetos erreichte. Als Präsident Juschtschenko sich trotzdem weigert, das Gesetz zu unterschreiben, leistet Parlamentspräsident Moros die Unterschrift, so dass das Gesetz formal in Kraft getreten ist.

Präsident Juschtschenko erklärte Anfang Februar, vor das Verfassungsgericht gehen zu wollen, da sowohl Teile des Gesetzes über die Regierung als auch das Verfahren seiner Inkraftsetzung verfassungswidrig seien. Gut zwei Wochen später kündigte er dann an, eine Verfassungskommission einberufen zu wollen, die eine neue Verfassungsreform ausarbeiten solle. Über diese Reform solle dann in einem Referendum von der Bevölkerung abgestimmt werden. Da ein derartiges Referendum aber keine bindende Wirkung hat und das Parlament im Jahre 2000 bereits einmal ein Verfassungsreferendum ignoriert hat, besitzt Juschtschenko derzeit keine Möglichkeit, seine eigenen Vorstellungen über die Verfassungsreform durchzusetzen. Ob er die Reform der Regierungskoalition stoppen kann, hängt nun vom Verfassungsgericht ab.

Konfliktfeld Personalpolitik

Auf der Suche nach Verbündeten und direktem Einfluss auf Politikgestaltung wurde die Personalpolitik ein zentrales Konfliktfeld zwischen Regierungskoalition und Präsident. Dabei geht es bei weitem nicht nur um Ministerposten in der Regierung. Bereits Ende September 2006 versuchte Ministerpräsident Janukowitsch Präsident Juschtschenko dazu zu bewegen, fünf Gouverneure, allesamt Mitglieder von Unsere Ukraine, zu entlassen. In Charkiw organisierten regionale Parlamentsabgeordnete der Partei der Regionen hierzu sogar einen Hungerstreik.

Im November folgte der Konflikt um die Entlassung von Außenminister Tarasjuk und Innenminister Luzenko aus der Regierung, im Februar 2007 dann der Konflikt um die Ernennung des neuen Außenministers. Zwischenzeitlich gab es weitere Auseinandersetzungen, etwa um die Ernennung des Geheimdienstchefs oder die Entlassung des Botschafters in Österreich. Mitte Februar erklärte Justizminister Alexander Lawrinowitsch, dass die Regierung das Verfassungsgericht angerufen habe, da der Präsident trotz des für ihn verbindlichen Zwei-Drittel-Votums einiger kommunaler Parlamente die entsprechenden Bürgermeister nicht entlassen habe.

Konfliktfeld Gesetzgebungskompetenz

Ähnlich wie bei der Personalpolitik geht es auch bei der Gesetzgebungskompetenz beiden Seiten darum zu zeigen, dass sie am längeren Hebel sitzen. Bereits Ende September hatte sich die Regierung so geweigert, sieben Präsidialerlasse zu akzeptieren, da sie vor der Gegenzeichnung durch den Ministerpräsidenten und den zuständigen Minister bereits vom Präsidenten veröffentlicht worden seien, was der Verfassung widerspreche.

Der Konflikt eskalierte dann im Dezember mit einer Flut von Vetos des Präsidenten gegen vom Parlament verabschiedete Gesetze. Juschtschenko legte sein Veto ein gegen das Gesetz über die Regierung, gegen den Staatshaushalt 2007, gegen das Privatisierungsprogramm, gegen ein Moratorium auf den Verkauf von Agrarland.

Von inhaltlicher Debatte zu Kompetenzgerangel

Der Überblick über die Entwicklung des Machtkampfes zeigt deutlich, dass selbst in den Bereichen, wo es um klare inhaltliche Kontroversen geht, wie etwa in der Außenpolitik, der Konflikt zunehmend zu einem Kompetenzgerangel verkommt. Ging es im September 2006 noch um die Frage des NATO-Beitritts und im November zumindest formal um einen inhaltlichen Rechenschaftsbericht des Außenministers, so wird seitdem nur noch über die Kompetenzen zur Ernennung und Entlassung gestritten. Und die Vergabe von Visa an turkmenische Oppositionelle als Entlassungsgrund für einen Botschafter zu nehmen, ist für einen sich als Demokraten verstehenden Präsidenten auch nicht gerade eine Zierde.

Dementsprechend ist der Machtkampf auch zunehmend von nicht sachbezogenen Kompromissen geprägt. Am 6.12. legte Präsident Juschtschenko sein Veto gegen den Staatshaushalt ein. Damit gefährdete er die Handlungsfähigkeit der Regierung ab Januar. Am 13.12. blockierte dann die Regierungskoalition die Entlassung des Geheimdienstchefs, den Juschtschenko anschließend zum Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates ernennen wollte. Am 22.12. stimmte das Parlament der Entlassung dann zu und der Präsident unterschrieb das nur unwesentlich veränderte Haushaltsgesetz am selben Tag.

Konsequenzen

Der Machtkampf zwischen Regierungskoalition und Präsident hat seit September 2006 immer mehr Politikbereiche erfasst und gefährdet damit die politische Handlungsfähigkeit der Ukraine in zentralen Fragen. Exemplarisch zeigt sich dies bei der Außenpolitik: Von August bis November hatte die Ukraine einen Außenminister, der erklärte, dass der Ministerpräsident für Außenpolitik nicht kompetent sei, von Dezember bis Januar hatte die Ukraine dann einen Außenminister, von dem die Regierung erklärte, er reise und spreche nur als Privatmann, und seitdem hat die Ukraine vorläufig gar keinen Außenminister mehr. Wie so die internationalen Beziehungen, sei es mit Russland, sei es mit der EU, gestaltet werden sollen, kann wohl keines der Lager beantworten.

Auch entsteht zunehmend der Eindruck, dass sich Regierungskoalition und Präsident nicht mehr nur aus inhaltlichen Überzeugungen heraus blockieren, sondern bei jeder sich bietenden Gelegenheit versuchen, ein Druckmittel für weitere Verhandlungen zu finden. Die kleinen Kompromisse, wie etwa der vom 22.12., können zwar als pragmatischer Ausweg aus einzelnen Blockaden gelobt werden. De facto scheinen die Konfliktpartner aber solche Blockaden nur zu provozieren, um anschließend für ihre Auflösung Zugeständnisse erhalten zu können. Diese Haltung, die mit allen Mitteln politische Vorteile sichern will, offenbart sich auch immer wieder bei den Parlamentsabgeordneten, wenn Debatten von allen Fraktionen statt mit Worten mit Podiumsblockaden und Zerstörung der Abstimmungsanlage gestaltet werden.

Dies scheint auch die Wahrnehmung der Mehrheit der Bevölkerung zu sein. Während die Orange Revolution noch politisierte und mobilisierte, produziert der aktuelle Machtkampf nur Politikverdrossenheit. Das Problem von Unsere Ukraine ist dabei, dass ihre Wähler einen höheren Anspruch an die Moral ihrer Politiker zu haben scheinen, und sich deshalb schneller abwenden. Ob Timoschenko es schafft, die moralischen Erwartungen ihrer Wähler nicht zu enttäuschen, bleibt abzuwarten. Gegenüber ihren orangen Weggefährten Moros und Juschtschenko ist sie derzeit zumindest eindeutig in der besseren Position.

Perspektiven

Für viele ukrainische wie westliche Beobachter, die sich von der Begeisterung der Orangen Revolution mitreißen ließen, ist die aktuelle Entwicklung eine schwere Enttäuschung. Sie scheint zu belegen, dass die Ukraine die Schatten der Vergangenheit weder personell noch ideologisch überwinden kann, dass sie auf weiteres in ihrer post-sowjetischen Mentalität gefangen bleibt. Hier droht jedoch die allzu große Euphorie in allzu große Enttäuschung umzuschlagen.

Revolutionen mögen über Nacht gemacht werden, Demokratien werden aber nicht an einem Tag geschaffen. Der Politikwissenschaftler Henry Hale hat so argumentiert, dass es gerade der resultierende Machtkampf ist, der der orangen als einziger unter allen bunten Revolutionen in der GUS Chancen auf einen nachhaltigen Demokratisierungseffekt gäbe. Aus seiner Sicht waren die bunten Revolutionen Folge einer Schwäche des jeweiligen Präsidenten, die von einer Gegenelite mit Unterstützung von Massenprotesten genutzt wurden, um einen Machtwechsel herbeizuführen. Ohne Verfassungsänderung gab es aber

damit wieder einen allmächtigen Präsidenten, der – vielleicht durchaus mit den besten Absichten – der Versuchung der Macht erlag und immer mehr Kompetenzen an sich riss.

In einer breiteren historischen Perspektive betont auch der Bremer Sozialwissenschaftler Dieter Senghaas die Bedeutung politischer Konfliktkonstellationen für die Entwicklung von Demokratie. Er schreibt: „Die wirklich interessanten konstitutionellen Innovationen in der westlichen Verfassungsgeschichte resultierten aus einer machtpolitischen Patt-Situation. Betrachten wir, wiederum beispielhaft, die Geschichte der Rechtsstaatlichkeit, der rule of law, und greifen wir ein frühes Beispiel heraus, die Magna Charta von 1215.“

„Sie enthält die weitreichenden, langfristig bedeutsamen Artikel, die dem Schutz des Individuums (zunächst der Barone!) vor der Willkür des Staates und einem rechtmäßigen Gerichtsverfahren, dem due process of law, dienen. Das alles – eine politische Vereinbarung – kam wider Willen zustande, keines-

wegs aus freien Stücken. Diese frühe Konstellation ist nun repräsentativ für Prozesse, aus denen im Laufe der Zeit, d.h. von Jahrhunderten bzw. Jahrzehnten, und in Ermangelung von machtpolitischen Alternativen nach und nach „Versöhnung“ mit der Folge von leidlich akzeptierter, institutionell-rechtlich abgesicherter Toleranz resultierte. Denn nachhaltige Toleranz dokumentiert sich schließlich in akzeptierten Verfassungen und ihren Prinzipien, die dann – wo nachhaltig geworden – während mehrerer Generationen einsozialisiert und als Selbstverständlichkeit begriffen werden und schließlich sich entsprechend emotional verankern.“

In dieser Perspektive werden Demokratien nicht von Demokraten geschaffen, sondern von Konfliktpartnern, die gezwungen sind, die Macht zu teilen und die dafür eindeutige Regeln und Kontrollmechanismen entwickeln, um eine Pattsituation zu überwinden. Dies ist ein langer Prozess, dessen Erfolg nicht garantiert ist. Noch ist die Ukraine aber auf dem richtigen Weg.

Über den Autoren:

Dr. Heiko Pleines ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen.

Lesetipps:

- Henry E. Hale: Democracy or autocracy on the march? The colored revolutions as normal dynamics of patrimonial presidentialism, in: Communist and Post-Communist Studies 39 (2006), S. 305–329.
- Dieter Senghaas: Zivilisierung wider Willen. Der Kampf der Kulturen mit sich selbst, Frankfurt a.M. 1998.

Analyse

Die Ukraine in wirtschaftsbezogenen Länderratings. Wirtschaftssystem, Geschäftsumfeld und Kreditwürdigkeit im internationalen Vergleich

Von Heiko Pleines, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Zusammenfassung

Es gibt mittlerweile eine Vielzahl von wirtschaftsbezogenen Länderratings. Hier wird nun untersucht, wie die Ukraine in diesen Ratings abschneidet. Dabei zeigt sich, dass die Ukraine zwar politisch nicht aber wirtschaftlich in ihrer Entwicklung näher an der EU liegt als die übrigen GUS-Länder. Es wird aber auch deutlich, dass es im Bereich der Wirtschaft aus Sicht der Ratings langsame aber stetige Verbesserungen zu verzeichnen gibt. Zu beachten ist, dass die Aussagekraft der Ratings aufgrund methodischer Probleme eingeschränkt ist.

Einleitung

Es gibt mittlerweile eine Vielzahl von wirtschaftsbezogenen Länderratings. Neben der allgemeinen Einschätzung des Wirtschaftssystems dominiert dabei eine Bewertung des Geschäftsumfeldes, das als wichtige Voraussetzung für Wirtschaftswachstum gesehen wird. Insbesondere für Finanzinvestoren interessant sind die Einschätzungen der Kreditwürdigkeit von Ländern durch entsprechende professionelle Ratingagenturen. Einen entwicklungspolitischen Hintergrund hat hingegen das Rating des sozioökonomischen Entwicklungsstandes. Zusammengenommen bewerten diese Ratings zentrale Aspekte der Wirtschaftsentwicklung der jeweiligen Länder.

Der Bezugspunkt fast aller Ratings ist dabei das neoliberale Wirtschaftsmodell der freien Marktwirtschaft. Damit beziehen sich die Bewertungen auf Ideale wie freien und fairen Wettbewerb, Verzicht auf Staatsinterventionismus, solide Staatsfinanzen. Gemessen wird, wie nah eine Volkswirtschaft diesen Idealen kommt. In methodisch meist etwas fragwürdigen Analysen zeigen viele Ersteller von Ratings dann auch, dass Länder die ein gutes Rating erreichen sich auch wirtschaftlich besser entwickeln.

Während die in der Ukraine-Analyse Nr. 18 vorgestellten politikbezogenen Länderratings alle auf subjektiven Experteneinschätzungen basieren, wird bei wirtschaftsbezogenen Ratings auch auf statistische Daten zurückgegriffen. Der Human Development Index der UNO zum Beispiel zieht ausschließlich statistische Kennzahlen ein. Die Worldwide Governance Indicators der Weltbank genau wie die Ratings zur Kreditwürdigkeit hingegen beruhen ausschließlich auf Experteneinschätzungen. Die Mehrzahl der hier vorgestellten Ratings kombiniert aber statistische Daten und Expertenmeinungen. Dabei wird der Index in relevante Teilbereiche zerlegt und für jeden

Teilbereiche werden geeignete Indikatoren ausgewählt. In Teilbereichen, die über harte Zahlen nicht oder nicht vollständig erfasst werden können, wird auf Expertenbefragungen zurückgegriffen.

Gerade bei diesen gemischten Indizes haben die Ersteller erheblichen Einfluss auf die Ergebnisse. Auch wenn es ihnen unter Umständen nicht bewusst ist, beeinflusst sowohl die Auswahl der zu bewertenden Teilbereiche als auch die Wahl der zu verwendenden Indikatoren das Ergebnis erheblich. Ein extremes Beispiel ist die Bewertung des Geschäftsumfeldes (business freedom) im Index of Economic Freedom, der von Heritage Foundation und Wall Street Journal erstellt wird. Bis zum Jahre 2005 (d.h. der Bewertung für das Jahr 2004) erfolgte die Einschätzung hier über Expertenurteile. Ab 2006 wurde dann auf die Weltbankdaten „Obstacles to doing business“ Bezug genommen. Im Ergebnis stieg der Wert von Belarus auf einer Skala von 0 bis 100 von einem Wert von 10 auf einen Wert von 54, ohne dass eine Veränderung im Land selber aufgefallen wäre. Dass der Wert für die Ukraine so im ersten Jahr nach der Orangen Revolution von 30 auf 53 stieg, kann also nicht einfach als Erfolg der neuen Regierung bewertet werden. (Zu den Zahlen siehe Tabelle 4 auf Seite 17)

Insgesamt gibt es vier zentrale Kritikpunkte an den wirtschaftsbezogenen Länderratings. Der erste Kritikpunkt ist die Subjektivität der Experteneinschätzungen. Der zweite Kritikpunkt ist die Unzuverlässigkeit vieler nationaler Statistiken. Der dritte Kritikpunkt bezieht sich auf die Vergleichbarkeit der Daten zwischen verschiedenen Ländern. Die jeweiligen Experten kennen meist nur das Land, zu dem sie befragt werden, und haben deshalb keine vergleichende Perspektive. Die selben statistischen Kennzahlen werden in unterschiedlichen Ländern nach unterschiedlichen Kriterien und Methoden er-

stellt und sind deshalb ebenfalls nicht immer direkt vergleichbar. Viertens ist die Indexkonstruktion ein Anlass zu Kritik. Oft werden ausgehend von vergleichsweise wenigen Indikatoren sehr weitreichende Urteile gefällt. Sowohl die Auswahl als auch die Gewichtung der einzelnen Indikatoren haben zwingend eine subjektive Komponente und können die Ergebnisse erheblich beeinflussen.

Die Ratings bewerten also nicht einfach nur Fakten. Sie propagieren auch bestimmte Bereiche als wichtig und andere als weniger wichtig. Der Arbeitsmarkt wurde so z.B. erst 2005 in den Index of Economic Freedom aufgenommen. Gleichzeitig versuchen die Ersteller der Ratings mit ihren Ergebnissen öffentliche Debatten zu beeinflussen. Mit diesen Einschränkungen im Hinterkopf sollen nun die einzelnen Bewertungen der Ukraine vorgestellt werden.

Wirtschaftssystem und Geschäftsumfeld

Die Einschätzung des ukrainischen Wirtschaftssystems ist weitgehend negativ. Im Index of Economic Freedom liegt die Ukraine 2007 auf Platz 125 noch hinter Russland und auch hinter China, im Global Competitiveness Index des Weltwirtschaftsforums rangiert sie auf Platz 78 wieder eindeutig hinter Russland und China (siehe Grafiken 1 und 3 auf den Seiten 10 und 12).

Dasselbe Bild zeigt sich bei den Ratings zum Geschäftsumfeld. Im „Obstacles to doing business“-Rating der Weltbank liegt die Ukraine in allen Bereichen mit Ausnahme der Durchsetzung von Vertragsrechten auf den hinteren Plätzen. Bei den Worldwide Governance Indicators der Weltbank wird die Ukraine ebenfalls als unterdurchschnittlich bewertet, liegt aber immerhin knapp vor China und Russland. Im Business Competitiveness Index des Weltwirtschaftsforums liegt die Ukraine dafür knapp hinter China und Russland. (Siehe Grafiken 4, 5 und 7 auf den Seiten 13, 16 und 17).

Diese Einschätzung wird auch von Ratings zur Korruption bestätigt, die als wesentliches Hindernis für unternehmerische Tätigkeit gesehen wird. In den Worldwide Governance Indicators der Weltbank liegt die Ukraine hier etwas vor China und Russland, aber im internationalen Vergleich weit im unterdurchschnittlichen Bereich.

Kreditwürdigkeit

Ein spezieller Fall sind die Ratings der Kreditwürdigkeit durch die drei großen internationalen Agenturen. Zum einen beschränken sie sich letztendlich auf eine Einschätzung der Zahlungsfähigkeit (und Zahlungsbereitschaft) nationaler Regierungen. Zum

anderen sind ihre Ratings Grundlage der Investitionsentscheidungen großer institutioneller Anleger. Im Gegensatz zu den anderen Ratings, deren Einfluss vergleichsweise indirekt ist, sind die Folgen der Ratings der Kreditwürdigkeit für die jeweiligen Länder über die Zinssätze für ihre Außenschuld direkt spürbar. Ukrainische Staatsanleihen werden im Gegensatz zu russischen derzeit von allen drei großen Ratingagenturen nicht als investitionswürdig eingestuft (siehe Tabelle 5 auf Seite 20).

Sozioökonomische Entwicklung

Ebenfalls ein Spezialfall ist der Human Development Index (HDI) des United Nations Development Programs. Während die bisher vorgestellten Ratings sich alle vorrangig auf Faktoren beziehen, die von den nationalen Regierungen zumindest indirekt verantwortet werden, erfasst der HDI langfristige Entwicklungen, die sich im Verlauf einer Regierungszeit nur geringfügig verändern lassen. Während die vorherigen Indizes also einen Rückschluss auf die Leistung einer Regierung zulassen, bezieht sich der HDI eher auf die Leistung einer Generation. Dementsprechend ist es nicht verwunderlich, dass die Ukraine hier mit ihren postsowjetischen Nachbarländern ungefähr gleich auf liegt (siehe Grafik 12 und 13 auf Seite 21).

Trends

Im Gegensatz zur Politik steht die Ukraine damit im Bereich der Wirtschaft den Ratings zufolge im post-sowjetischen Vergleich nicht besonders gut da. In der Mehrzahl der Ratings schneidet sie schlechter ab als Russland und selbst der Abstand zu Belarus ist in vielen Fällen nicht sehr groß. Post-sozialistische Länder wie Polen erscheinen in allen Ratings als unerreichbar weit weg.

Angesichts dieser negativen Einschätzungen stellt sich die Frage, ob wenigstens eine Tendenz zur Verbesserung erkennbar ist. Da viele Indizes noch relativ neu sind, ist ein Zeitvergleich nur in einigen Fällen möglich. Hier fällt die Bilanz aber positiv aus.

Der Index of Economic Freedom konstatiert eine merkliche Verbesserung gegenüber der Mitte der 1990er Jahre. Dabei gab es drei merkliche Verbesserungsschübe. Der erste erfolgte 1996 mit den Wirtschaftsreformen von Präsident Leonid Kutschma. Der zweite erfolgte 2000 unter der Regierung Viktor Juschtschenko. Der dritte erfolgte 2002–04 unter der Regierung Viktor Janukowitsch. Seitdem ist der Indexwert weitgehend unverändert, ein Effekt der Orangen Revolution also nicht erkennbar (Siehe Grafik 2 auf Seite 11).

Die Worldwide Governance Indicators zeigen im Bereich Geschäftsumfeld eine kontinuierliche

Verbesserung seit 2000 und im Bereich Korruption ebenfalls eine Tendenz zur Verbesserung, die mit der Orangen Revolution spürbar ansteigt (siehe Grafik 6 und 11 auf den Seiten 16 und 19). Auch die Kreditratings der Ukraine haben sich seit der Finanzkrise von 1998 schrittweise verbessert (siehe Tabelle 5 auf Seite 20).

Resümee

Die Ratings zeigen damit bezüglich der Ukraine zwei wesentliche Punkte. Erstens ist die Ukraine zwar politisch nicht aber wirtschaftlich in ihrer Entwicklung näher an der EU als die übrigen GUS-Länder. Zweitens gibt es auch im Bereich der Wirtschaft tendenziell Verbesserungen. Die positive Entwicklung erfolgt dabei langsam aber relativ stetig bereits seit etlichen Jahren. Ein Effekt der orangen Revolution ist in den Ratings nicht erkennbar. Positiv gewendet bedeutet dies, dass eine Regierungskoalition unter Ministerpräsident Janukowitsch zumindest aus Sicht der

Ratings keine Gefahr für die Wirtschaftsentwicklung darstellt.

Abschließend sei noch einmal darauf hingewiesen, dass die Ratings keine direkten Rückschlüsse auf die Wirtschaftsentwicklung zulassen. Russland und die Ukraine gehören zu den europäischen Volkswirtschaften, die in den letzten Jahren das stärkste Wirtschaftswachstum verzeichnet haben. Im weltweiten Vergleich wächst die chinesische Wirtschaft seit Jahren fast unvergleichbar schnell. Trotzdem liegen China, Russland und die Ukraine in den meisten Ratings nahe zusammen im Schlussfeld.

Hilfreich dürfte hier eher eine andere Perspektive sein: In den Ländern, in denen vieles schlecht funktioniert, gibt es noch erhebliches Verbesserungspotential und damit erhebliches Wachstumspotential. Dies trifft auf die Ukraine eindeutig zu. Und wie die letzten Jahre gezeigt haben, reichen auch vergleichsweise kleine politische Schritte, um erhebliches Wirtschaftswachstum zu ermöglichen (oder zumindest nicht zu verhindern).

Über den Autoren:

Dr. Heiko Pleines ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen.

Lesetipp:

Einen Überblick über die Position der Ukraine in politikbezogenen Länderratings gibt die Ukraine-Analyse Nr. 18 (23.1.2007).

Dokumentation

Wirtschaftsbezogene Länderratings im Überblick

Teil 1: Wirtschaftssystem

Index of Economic Freedom

Erstellt von: Heritage Foundation und Wall Street Journal (USA)

Seit: 1995

Häufigkeit: jährlich

Indexwerte beziehen sich jeweils auf das Vorjahr.

Erfasste Länder: 157

Internetadresse: www.heritage.org/research/features/index/index.cfm

Kurzbeschreibung:

Die Indexbildung ist 2007 überarbeitet worden. Der Index of Economic Freedom bewertet nun jeweils über ausgewählte statistische Indikatoren und Indizes zehn Wirtschaftsbereiche: Geschäftsumfeld (staatliche Regulierung grundlegender unternehmerischer Tätigkeiten), Handel, Steuern, Staatseinmischung (direkte staatliche Wirtschaftsaktivität), Geldpolitik, Investitionen, Bankensystem, Eigentumsrechte, Freiheit von Korruption,

Arbeitsmarkt. Die Bewertung aller Indikatoren erfolgt auf einer Skala von 0 bis 100, wobei 100 die bestmögliche Bewertung darstellt. Der Indexwert wird als einfacher Durchschnitt der zehn Indikatorenwerte gebildet.

Grafik 1: Index of Economic Freedom: Indexwerte und Platzierungen 2007

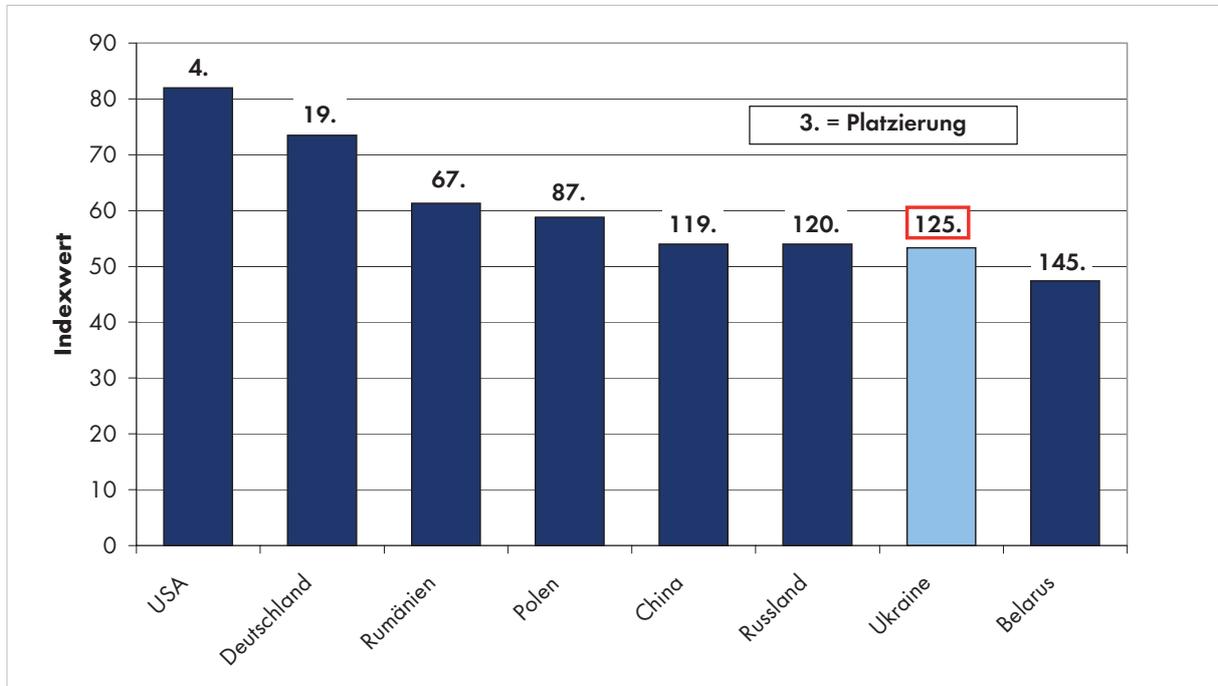
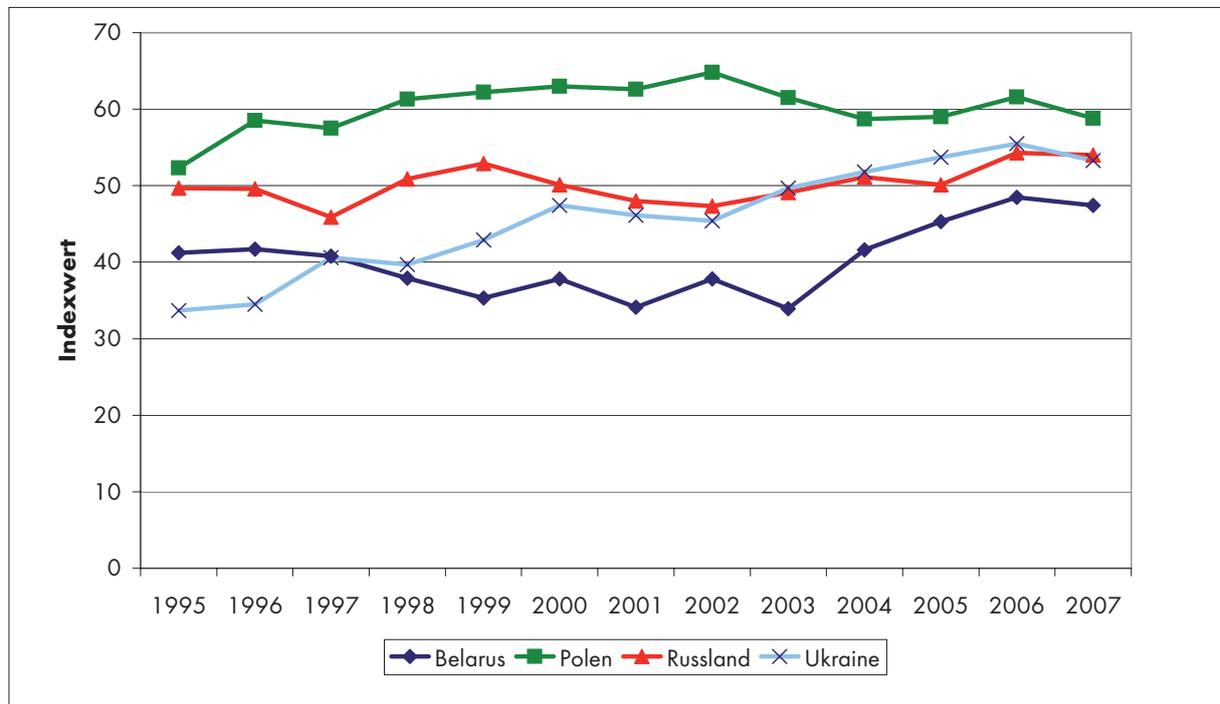


Tabelle 1: Index of Economic Freedom: Einzelwerte 2007

	USA	Deutschland	Rumänien	Polen	China	Russland	Ukraine	Belarus
Geschäftsumfeld	94,5	88,2	70,9	56,1	54,9	66,6	54,0	54,5
Handel	76,6	76,6	74,0	76,6	68,0	62,6	72,2	62,2
Steuern	79,4	74,3	91,7	79,1	77,7	86,3	89,1	87,9
Staatseingemischung	67,5	48,0	74,9	55,3	88,6	71,6	61,9	66,9
Geldpolitik	83,8	81,5	69,7	80,3	75,5	62,8	68,4	61,4
Investitionen	80	90	50	50	30	30	30	20
Banksystem	80	50	60	50	30	40	50	10
Eigentumsrechte	90	90	30	50	20	30	30	20
Korruption	76,0	82,0	30,0	34,0	32,0	24,0	26,0	26,0
Arbeitsmarkt	92,1	54,6	61,4	56,2	63,5	66,2	51,8	64,7
Gesamtwert	82,0	73,5	61,3	58,8	54,0	54,0	53,3	47,4

Grafik 2: Index of Economic Freedom: 1995 – 2007



Global Competitiveness Index (GCI)

Erstellt von: World Economic Forum

Seit: 2005 (2001 bis 2004: Growth Competitive Index)

Indexwerte sind jeweils für das Vorjahr.

Häufigkeit: jährlich

Erfasste Länder: 125

Internetadresse: <http://www.weforum.org/en/initiatives/gcp/Global%20Competitiveness%20Report/index.htm>

Kurzbeschreibung:

Der Index basiert auf 90 Indikatoren aus neun Bereichen, die als zentral für Produktivität und internationale Wettbewerbsfähigkeit gesehen werden: institutionelles Geschäftsumfeld (staatliche Regulierung, Sicherheit, Korruption, Transparenz), Infrastruktur (Transport, Energie, Telekommunikation), volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen, Gesundheit und Bildung, Hochschulwesen und berufliche Weiterbildung, Markteffizienz (staatliche Regulierung, Wettbewerb, Außenhandel, Arbeitsmarkt, Finanzmärkte), Technologieintensität (Aufnahmebereitschaft von Unternehmen, Gesetze, Verbreitung von PCs, Mobilfunk, Internet), Unternehmensführung (Qualität der Organisation zentraler Unternehmensaktivitäten), Innovation (Umfang der Forschung, Gesetze, Patente).

Die Mehrheit der Indikatoren erfasst statistische Daten. Zusätzlich werden jedoch einzelne Indikatoren auch über die Einschätzung von Geschäftsleuten bewertet. Dazu werden in den 125 einbezogenen Ländern insgesamt über 11.000 Geschäftsleute befragt.

Die neun Bereiche des Index werden in drei Subindizes zusammengefasst, die jeweils auf ein bestimmtes wirtschaftliches Entwicklungsstadium Bezug nehmen sollen: Grundlagen, Effizienzverbesserung, Innovationsförderung. Subindizes und Gesamtindex werden als ungewichteter Durchschnitt der jeweils einbezogenen Bereichswerte gebildet.

Grafik 3: Global Competitiveness Index: Indexwerte und Platzierungen 2007

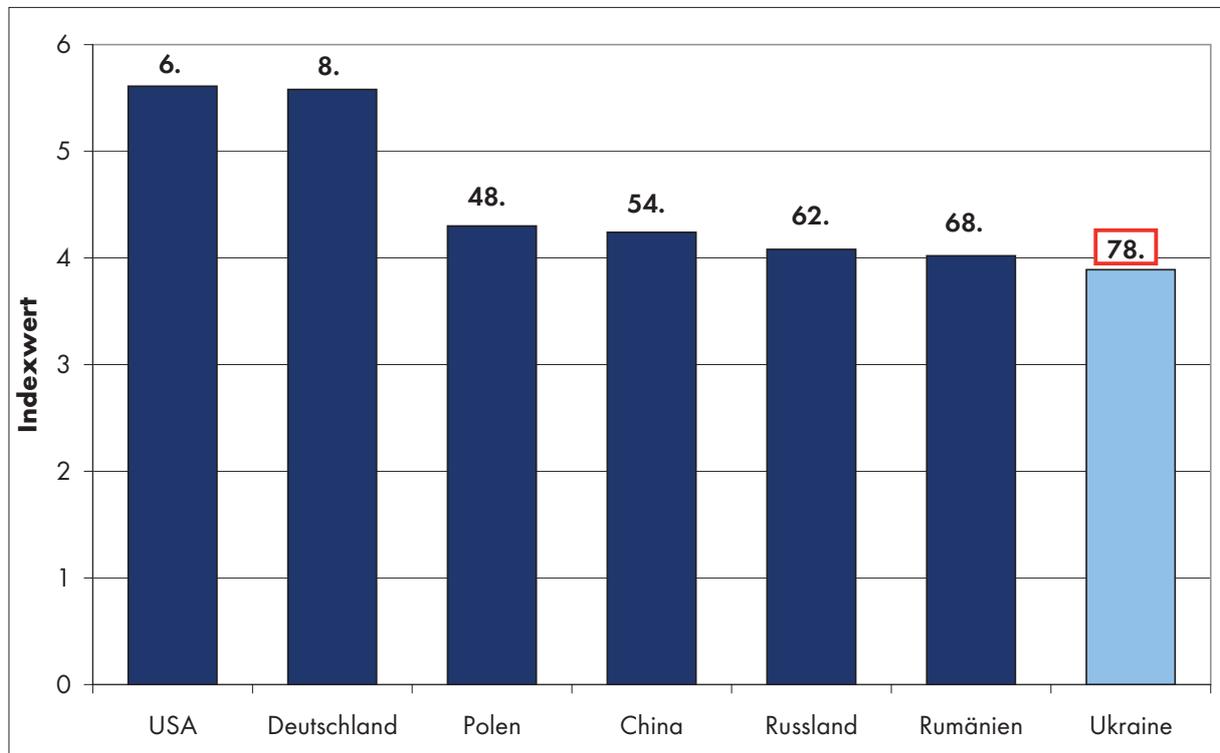


Tabelle 2: Global Competitiveness Index: Einzelwerte 2007

	USA	Deutschland	Polen	China	Russland	Rumänien	Ukraine
Geschäftsumfeld	4,84	5,69	3,62	3,51	2,97	3,40	3,14
Infrastruktur	5,82	6,51	3,64	3,54	3,52	3,05	3,30
Volkswirtschaft	4,37	4,44	4,34	5,72	4,95	3,94	4,27
Gesundheit/Bildung	6,60	6,37	6,76	6,44	6,29	6,38	5,88
<i>1. Subindex: Grundlagen</i>	5,41	5,75	4,59	4,80	4,43	4,19	4,15
Hochschulen	5,82	5,42	4,79	3,68	4,44	4,34	4,35
Markteffizienz	5,67	5,09	4,16	4,22	4,20	4,03	3,96
Technologie	5,49	5,16	3,56	3,07	3,10	3,59	2,71
<i>2. Subindex: Effizienzverbesserung</i>	5,66	5,22	4,17	3,66	3,91	3,99	3,68
Unternehmensführung	5,78	6,26	4,13	4,05	3,83	3,89	3,84
Innovation	5,72	5,51	3,74	3,44	3,28	3,14	3,11
<i>3. Subindex: Innovation</i>	5,75	5,89	3,80	3,75	3,55	3,52	3,47
Gesamtwert	5,61	5,58	4,30	4,24	4,08	4,02	3,89

Teil 2: Geschäftsumfeld

Obstacles to doing business

Erstellt von: Weltbank

Seit: 2003

Häufigkeit: jährlich

Daten sind jeweils für das Vorjahr.

Erfasste Länder: 175

Internetadresse: <http://www.doingbusiness.org>

Kurzbeschreibung:

In ihrer Doing Business Datenbank erfasst die Weltbank jedes Jahr die staatliche Regulierung insgesamt 10 verschiedener Geschäftsaktivitäten mit statistischen Kennzahlen bzw. Indizes. Dabei machen insgesamt 5.000 Experten (Anwälte, Consultants, Rechnungsprüfer und Mitarbeiter der staatlichen Wirtschaftsverwaltung). Angaben zur Abwicklung der Aktivitäten eines hypothetischen mittelständischen Durchschnittsunternehmens in der größten Stadt des Landes. Zusätzlich bildet die Weltbank für jede Geschäftsaktivität seit 2005 eine internationale Rangliste.

Grafik 4: Obstacles to doing business. Platzierungen 2007

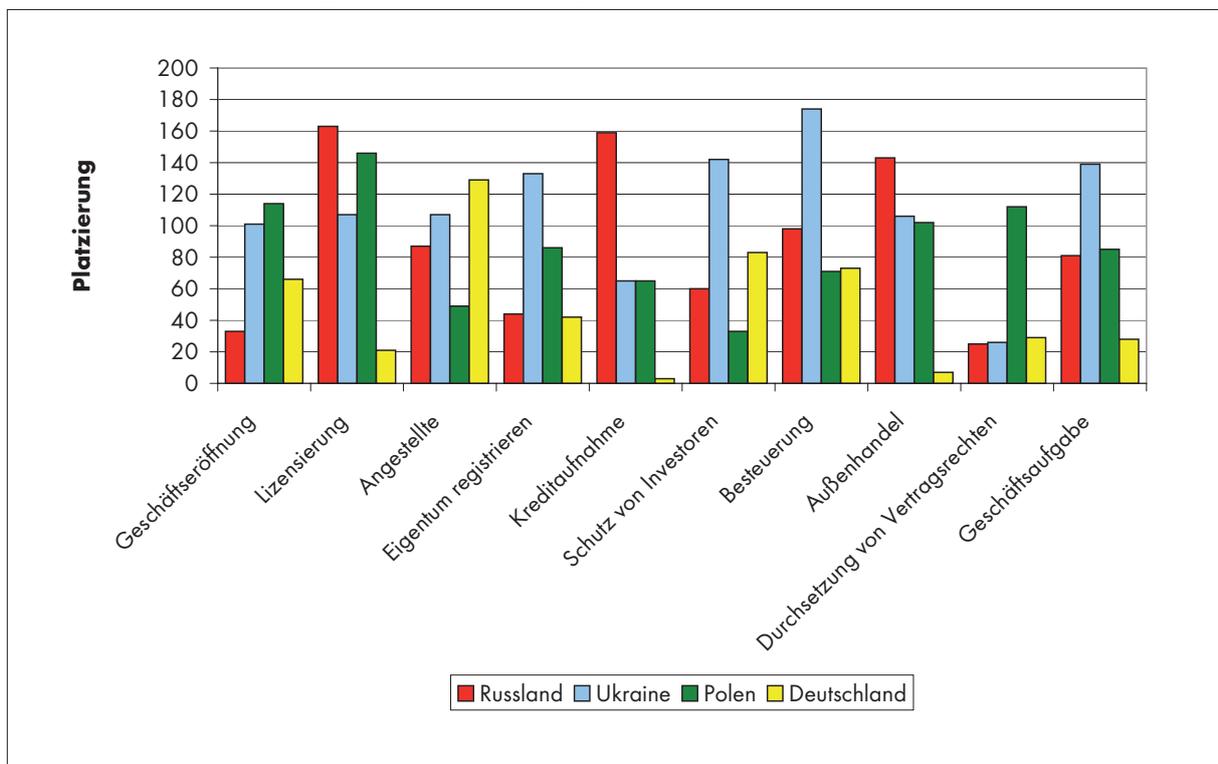


Tabelle 3: Obstacles to doing business: Einzelwerte 2007

Kriterium	Ukraine	Russland	Polen	Deutschland
Geschäftseröffnung				
Zahl der Verwaltungsakte	10	7	10	9
Dauer in Tagen	33	28	31	24
Kosten (als Anteil am durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen)	9%	3%	21%	5%
Internationale Platzierung	101	33	114	66
Lizensierung				
Zahl der Verwaltungsakte	18	22	25	11
Dauer in Tagen	242	531	322	133
Kosten (als Anteil am durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen)	187%	275%	86%	89%
Internationale Platzierung	107	163	146	21
Angestellte				
Einstellungsindex	44	33	0	33
Arbeitszeitindex	40	60	60	60
Entlassungsindex	80	40	40	40
Flexibilitätsindex	55	44	33	44
Lohnnebenkosten (als Anteil Gesamtlohn)	39	31	21	19
Abfindung (in Wochenlöhnen)	13	17	13	69
Internationale Platzierung	107	87	49	129
Eigentum registrieren				
Zahl der Verwaltungsakte	10	6	6	4
Dauer in Tagen	93	52	197	40
Kosten (als Anteil am durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen)	3%	0,3%	2%	5%
Internationale Platzierung	133	44	86	42
Kreditaufnahme				
Rechtsschutzindex	8	3	4	8
Kreditinformationsindex	0	0	4	6
Staatliche Gläubigerdatenbank (erfasster Teil der Bevölkerung)	0	0	0	0,5
Private Gläubigerdatenbank (erfasster Teil der Bevölkerung)	0	0	38,1	93,9
Internationale Platzierung	65	159	65	3
Schutz von Investoren				
Transparenz (Skala 0-10)	1	7	7	5
Haftbarkeit des Managements (Skala 0-10)	3	2	2	5
Hindernisse für Aktionärsklagen (Skala 0-10)	7	7	9	5
Investorenschutzindex (Skala 0-10)	3,7	5,3	6,0	5,0
Internationale Platzierung	142	60	33	83

Kriterium	Ukraine	Russland	Polen	Deutschland
Besteuerung				
Zahlungstermine pro Jahr	98	23	43	32
Zeitaufwand in Stunden pro Jahr	2.185	256	175	105
Steuerhöhe (als Anteil am Gewinn)	60%	54%	38%	57%
Internationale Platzierung	174	98	71	73
Außenhandel				
Anzahl der erforderlichen Dokumente für Ausfuhren	6	8	6	4
Zeitaufwand (in Tagen)	33	39	19	6
Kosten (US-Dollar pro Container)	1,009	2,237	2,260	731
Anzahl der erforderlichen Dokumente für Einfuhren	10	8	7	4
Zeitaufwand (in Tagen)	46	38	26	6
Kosten (US-Dollar pro Container)	1,025	2,237	2,260	750
Internationale Platzierung	106	143	102	7
Durchsetzung von Vertragsrechten				
Zahl der Verwaltungsakte	28	31	41	30
Dauer in Tagen	183	178	980	394
Kosten (als Anteil am Wert der Forderung)	16%	14%	10%	11%
Internationale Platzierung	26	25	112	29
Geschäftsaufgabe				
Zeit (in Jahren)	2,9	3,8	3,0	1,2
Kosten (Anteil am Firmenwert)	42	9	22	8
Recovery rate (in %)	8,7	28,7	27,9	53,1
Internationale Platzierung	139	81	85	28

Worldwide Governance Indicators - Regulation

Erstellt von: Weltbank

Seit: 1996

Häufigkeit: jährlich (bis 2002 alle zwei Jahre)

Indexwerte sind für das jeweilige Stichjahr (und erscheinen mit über einem Jahr Verzögerung.)

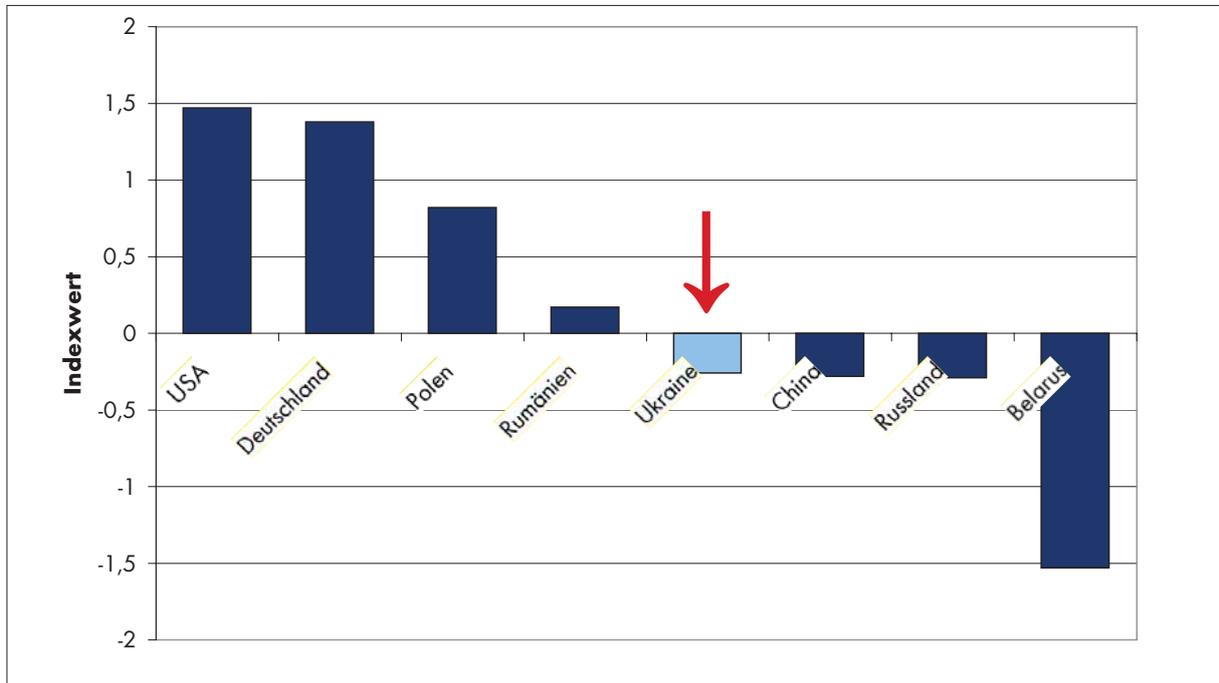
Erfasste Länder: 213

Internetadresse: www.worldbank.org/wbi/governance/govdata/

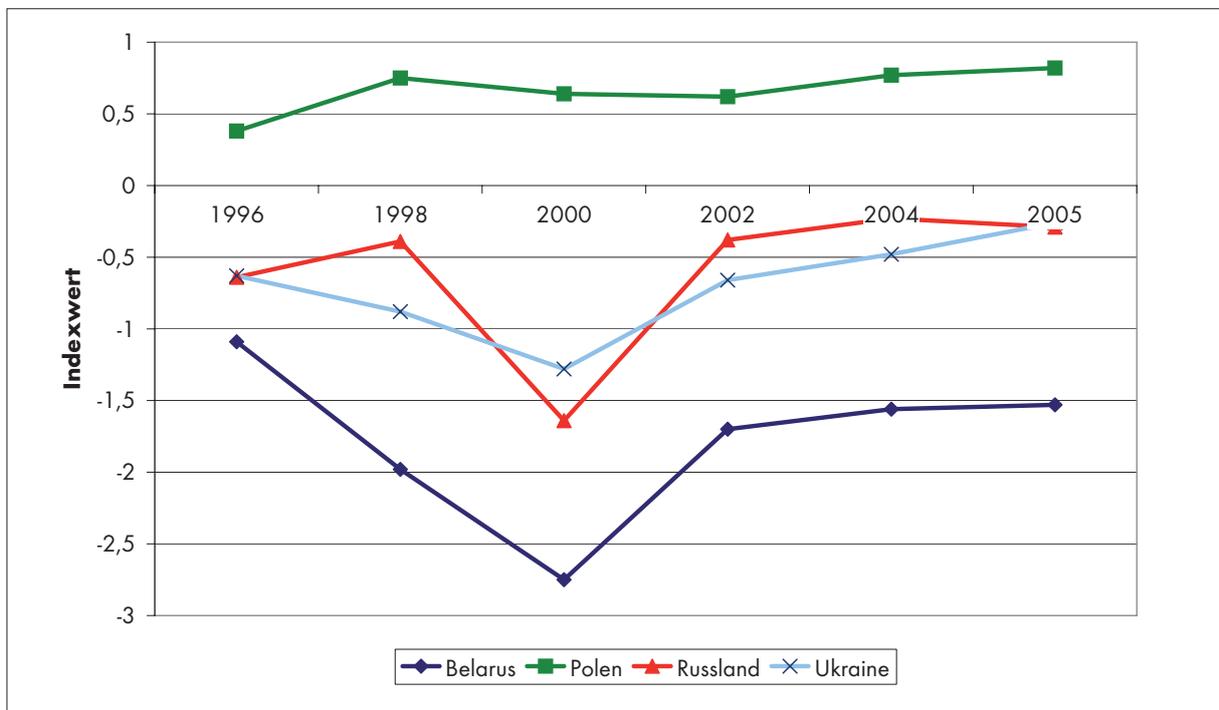
Kurzbeschreibung:

Die Indikatoren basieren auf der Auswertung von relevanten Umfragen unter Wirtschaftsvertretern, Bevölkerung und Experten. Für 2006 wurden so 31 Erhebungen von 25 unterschiedlichen Organisationen benutzt. Die Indikatoren werden in 6 Kategorien gruppiert, von denen die Kategorie Regulierung sich ausschließlich auf das Geschäftsumfeld bezieht. Der entsprechende Indexwert gibt den nach Zuverlässigkeit der Quelle gewichteten Durchschnittswert aller relevanten Datenquellen. Der Durchschnittswert über alle Länder wird als 0 gesetzt. Ein negativer Indexwert für ein Land ist also unterdurchschnittlich, ein positiver Indexwert überdurchschnittlich. Die Indexwerte bewegen sich im Bereich von -2,5 bis + 2,5.

Grafik 5: Worldwide Governance Indicators – Regulation: Indexwerte 2005



Grafik 6: Worldwide Governance Indicators – Regulation: 1996 – 2005



Business Competitiveness Index (BCI)

Erstellt von: World Economic Forum

Seit: 2001

Indexwerte sind jeweils für das Vorjahr.

Häufigkeit: jährlich

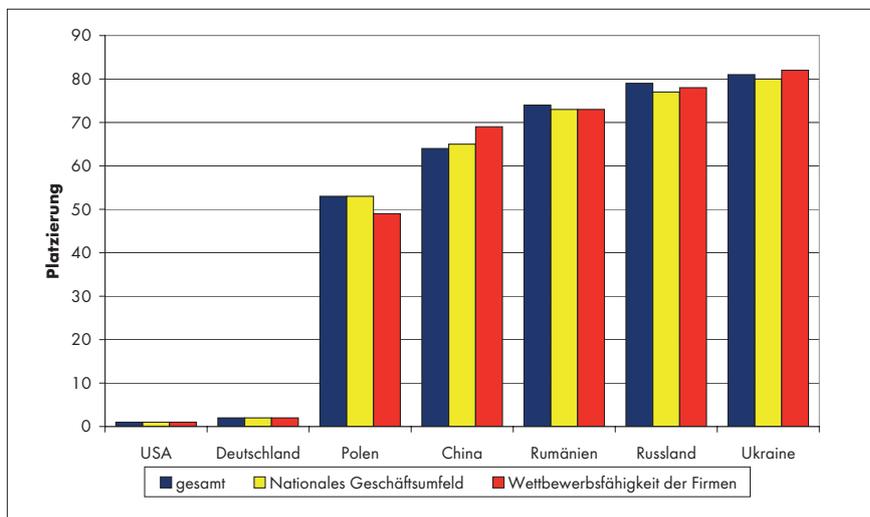
Erfasste Länder: 121

Internetadresse: <http://www.weforum.org/en/initiatives/gcp/Global%20Competitiveness%20Report/index.htm>

Kurzbeschreibung:

Der Index erfasst das jeweilige nationale Geschäftsumfeld und die Wettbewerbsfähigkeit der Firmen. Der Index basiert auf den entsprechenden Indikatoren des Global Competitiveness Index (siehe oben), von dem für das nationale Geschäftsumfeld die Bereiche Markteffizienz und Innovation sowie für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen die Bereiche Unternehmensführung sowie Hochschulwesen und berufliche Weiterbildung (mit Fokus auf Managerausbildung) relevant sind.

Grafik 7: Business Competitiveness Index: Platzierungen 2007



Index of Economic Freedom – Business Freedom

Erstellt von: Heritage Foundation und Wall Street Journal (USA)

Seit: 1995

Häufigkeit: jährlich

Indexwerte beziehen sich jeweils auf das Vorjahr.

Erfasste Länder: 157

Internetadresse: www.heritage.org/research/features/index/index.cfm

Kurzbeschreibung:

Der oben vorgestellte Index of Economic Freedom erfasst das Geschäftsumfeld (business freedom bzw. regulation) als einen Teilbereich. Die Bewertung erfolgt auf einer Skala von 0 bis 100, wobei 100 die bestmögliche Bewertung darstellt.

Tabelle 4: Index of Economic Freedom: Geschäftsumfeld 1995 – 2007

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Belarus	50	50	50	30	30	30	10	10	10	10	10	53,9	54,5
Polen	50	50	50	50	50	50	50	50	50	50	50	67,4	58,8
Russland	70	50	30	30	30	30	30	30	30	30	30	66,1	66,6
Ukraine	30	30	30	30	30	30	30	30	30	30	30	53,3	54,0

Teil 3: Korruption

Corruption Perception Index

Erstellt von: Transparency International

Seit: 1995

Häufigkeit: jährlich

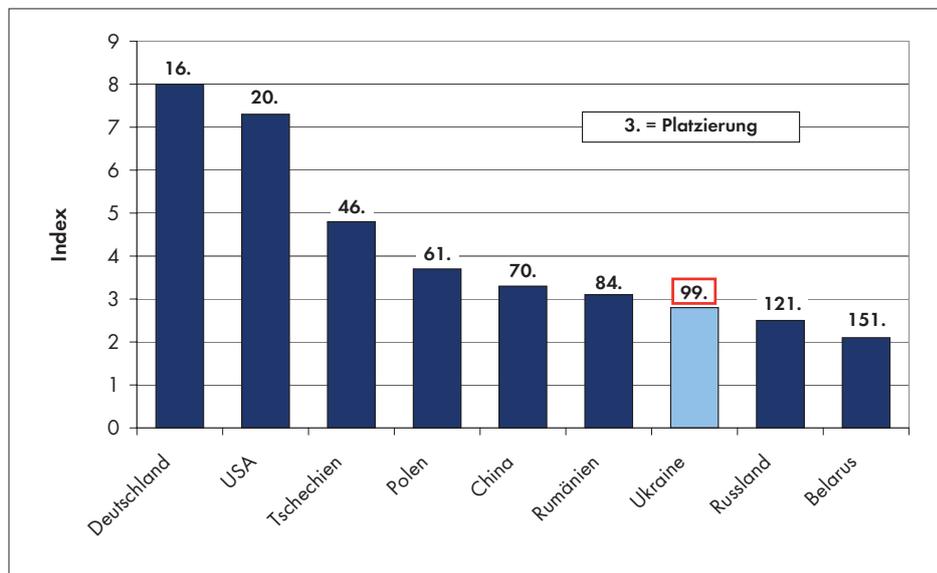
Erfasste Länder: 163

Internetadresse: <http://www.transparency.org>

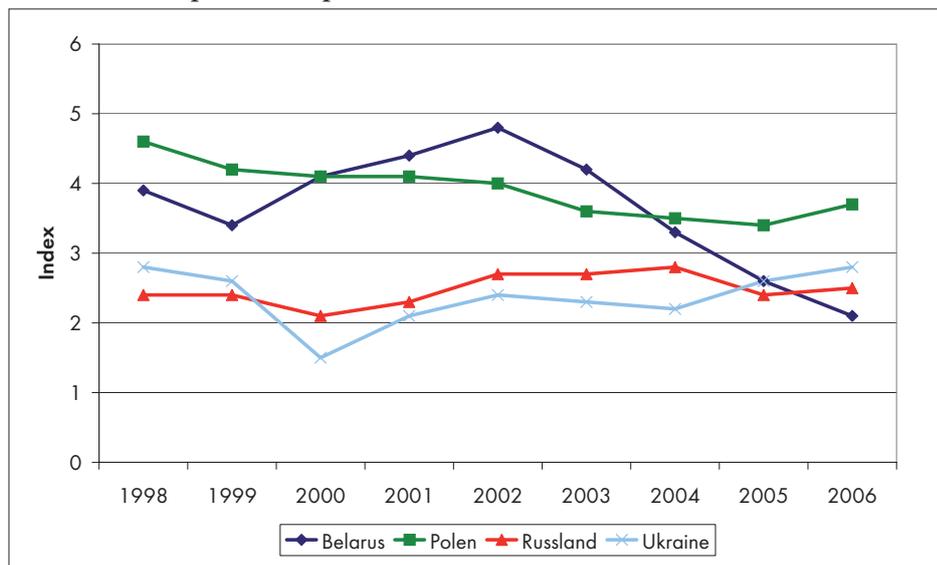
Kurzbeschreibung:

Der Index ergibt sich durch Auswertung von verschiedenen (pro Land mindestens drei voneinander unabhängigen) Datenquellen zur Wahrnehmung von Korruption im jeweiligen Land durch befragte Geschäftsleute und Experten. Die Ergebnisse werden auf einer Skala von 0 (extrem korrupt) bis 10 (nicht korrupt) erfasst.

Grafik 8: Corruption Perception Index 2006: Indexwert und Platzierung



Grafik 9: Corruption Perception Index 1998–2006



Anmerkung: 2001 liegt für Belarus kein Wert vor.

Worldwide Governance Indicators – Corruption control

Erstellt von: Weltbank

Seit: 1996

Häufigkeit: jährlich (bis 2002 alle zwei Jahre)

Indexwerte sind für das jeweilige Stichjahr (und erscheinen mit über einem Jahr Verzögerung.)

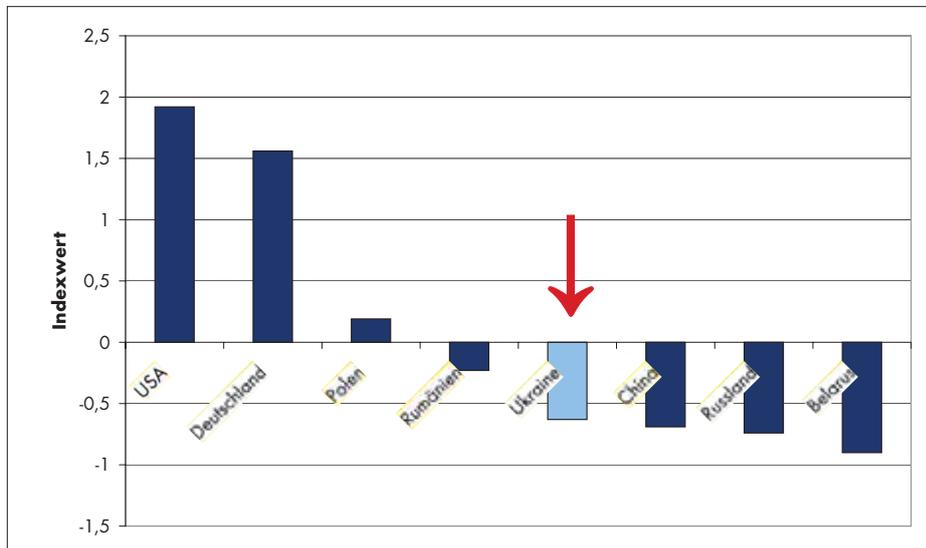
Erfasste Länder: 213

Internetadresse: www.worldbank.org/wbi/governance/govdata/

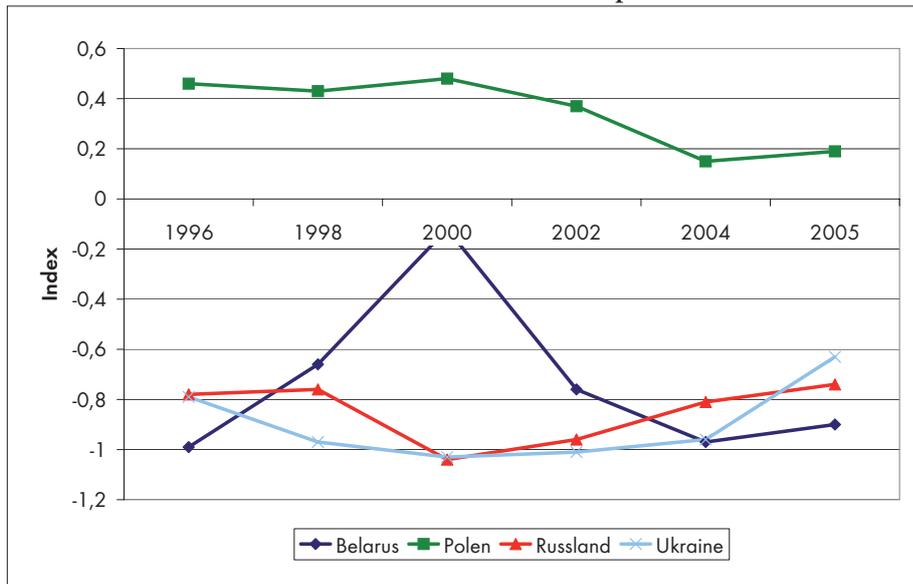
Kurzbeschreibung:

Die Indikatoren basieren auf der Auswertung von relevanten Umfragen unter Wirtschaftsvertretern, Bevölkerung und Experten. Für 2006 wurden so 31 Erhebungen von 25 unterschiedlichen Organisationen benutzt. Die Indikatoren werden in 6 Kategorien gruppiert, von denen eine Korruptionskontrolle ist. Der entsprechende Indexwert gibt den nach Zuverlässigkeit der Quelle gewichteten Durchschnittswert aller relevanten Datenquellen. Der Durchschnittswert über alle Länder wird als 0 gesetzt. Ein negativer Indexwert für ein Land ist also unterdurchschnittlich, ein positiver Indexwert überdurchschnittlich. Die Indexwerte bewegen sich im Bereich von -2,5 bis + 2,5.

Grafik 10: Worldwide Governance Indicators – Korruptionskontrolle: Indexwerte 2005



Grafik 11: Worldwide Governance Indicators: Korruptionskontrolle 1996–2005



Teil 4: Kreditwürdigkeit

Country credit ratings

Erstellt von: Fitch Ratings, Moody's, Standard & Poor's (S&P)

Häufigkeit: regelmäßig

Internetadressen: www.fitchratings.com, www.moody.com, www.standard&poors.ru

(Zeitreihen nach www.newsbase.com)

Kurzbeschreibung:

Die langfristige Kreditwürdigkeit von Ländern (wie auch von Firmen) wird von den drei großen weltweiten Ratingagenturen mit den drei Buchstaben A, B und C gekennzeichnet. Die ersten vier Kategorien (AAA, AA, A und BBB) gelten in Abstufungen als investitionswürdig. Die folgenden fünf Kategorien (BB, B, CCC, CC und C) gelten in Abstufungen als von Zahlungsunfähigkeit gefährdet (sogenannte „junk bonds“). Eine auf- bzw. absteigende Tendenz wird durch ein Plus oder Minus hinter der Buchstabenfolge angezeigt. Zusätzlich wird eine Prognose über die zukünftige Entwicklung gegeben (positiv, stabil, negativ). Weitere Kategorien beziehen sich auf Gläubiger mit Zahlungsrückständen oder Zahlungsunfähigkeit.

Abweichend verwende Moody's folgende Klassifizierungen: Aaa, Aa, A und Baa für investitionswürdige Anleihen sowie Ba, B, Caa, Ca und C für junk bonds. Anstelle von Plus und Minus hinter der Buchstabenfolge verwendet Moody's zur weiteren Differenzierung Zahlen von 1 bis 3. Die Klassifizierungen von Moody's sind damit eindeutig in die Bewertungen der anderen beiden Ratingagenturen konvertierbar.

Zusätzlich bewerten die Ratingagenturen auch die kurzfristige Kreditwürdigkeit, die Anleihen mit kurzer Laufzeit erfasst. Außerdem wird zwischen Anleihen in einheimischer Währung und in Devisen (US-Dollar oder Euro) unterschieden. Teilweise veröffentlichen die Ratingsagenturen auch nur auf den nationalen Kontext bezogene Ratings, in denen der im nationalen Vergleich beste Emittent mit AAA gewertet wird. Das zentrale Rating zur Bewertung der Kreditwürdigkeit eines Landes ist aber auf langfristige Devisenanleihen im internationalen Vergleich bezogen. Die entsprechenden Werte werden im folgenden vorgestellt.

Tabelle 5: Kreditratings 2001 – 2007

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Fitch Russland	B+	BB-	BB+	BBB-	BBB	BBB+	BBB+
Moody's Russland	BB	BB	BBB-	BBB	BBB	BBB	BBB
S&P Russland	B+	BB	BB	BB+	BBB	BBB+	BBB+
Fitch Ukraine	B-	B	B+	B+	BB-	BB-	BB-
Moody's Ukraine	CCC+	B	B	B+	B+	B+	B+
S&P Ukraine	B	B	B	B+	BB-	BB-	BB+

Anmerkung: Verwendet wurde jeweils das zum Jahresende gültige Rating.

Teil 5: Sozioökonomisches Entwicklungsniveau

Human Development Index (HDI)

Erstellt von: United Nations Development Program (UNDP)

Seit: 1990 (außerhalb der sozialistischen Staaten rückwirkend bis 1975)

Häufigkeit: jährlich

Indexwerte beziehen sich jeweils auf das Stichjahr und werden mit zwei Jahren Verzögerung publiziert.

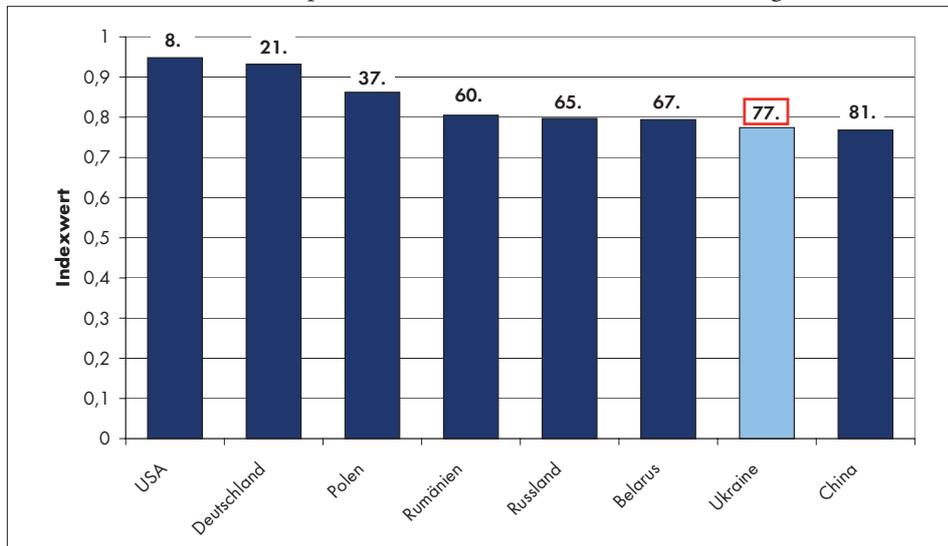
Erfasste Länder: 177

Internetadresse: www.undp.org

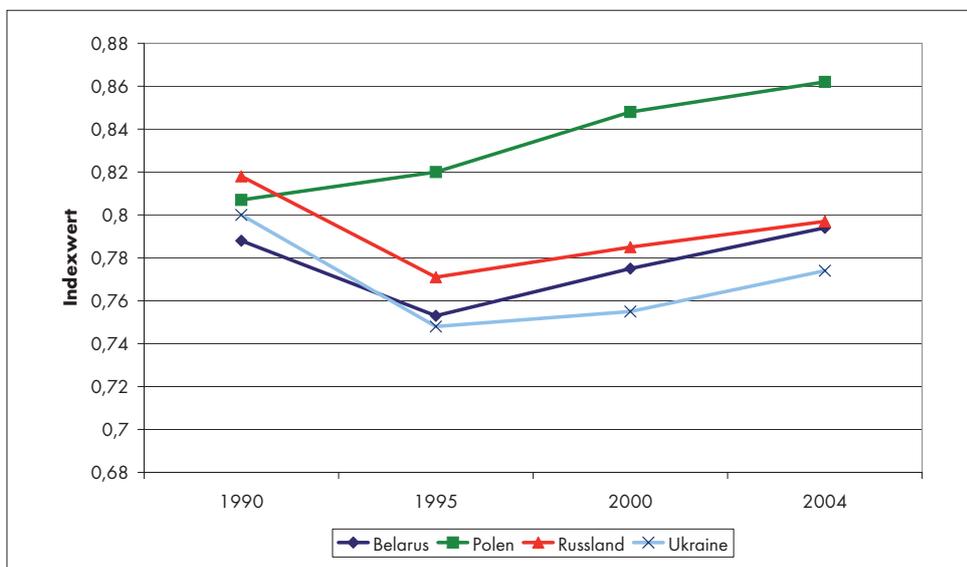
Kurzbeschreibung:

Der Index soll die „durchschnittlichen Errungenschaften eines Landes in drei grundlegenden Bereichen messen: langes und gesundes Leben, Wissen und annehmbarer Lebensstandard. Dazu werden vier grundlegende statistische Kennzahlen (Lebenserwartung, Alphabetenrate, kombinierte Schul- und Hochschulausbildungsrate, BIP pro Kopf in Kaufkraftparität) indiziert und zu einem Gesamtwert kombiniert, der zwischen 0 und 1 liegt. Ein Wert ab 0,8 steht dabei für hohes Entwicklungsniveau. Ein Wert von 0,5 bis 0,8 für ein mittleres Niveau und ein Wert unter 0,5 für ein niedriges Niveau.

Grafik 12: Human Development Index: Indexwerte und Platzierungen 2004



Grafik 13: Human Development Index: 1975 – 2004



Chronik
Vom 27. Februar bis zum 12. März 2007

27.2.2007	Vor seinem offiziellen Besuch in Berlin kritisiert Ministerpräsident Viktor Janukowitsch in einem Interview mit dem Handelsblatt die Pläne der USA zum Aufbau eines Raketenschildes an der NATO-Ostgrenze. Er erklärt, dass die polnische Unterstützung des Plans für die Beziehungen zur Ukraine nicht hilfreich sei und warnt vor einer erneuten Teilung Europas wie zum Beginn des Irak-Krieges. Präsident Viktor Juschtschenko betont hingegen in einer Stellungnahme, dass es das Recht souveräner Staaten sei, über Raketenstationierungen selber zu entscheiden und dass entsprechende Entscheidungen von der ukrainischen Regierung nicht „leichtfertig“ kommentiert werden sollten.
28.2.2007	Bei seinem Treffen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel in Berlin diskutiert Ministerpräsident Viktor Janukowitsch vor allem das neue Kooperationsabkommen der Ukraine mit der EU.
28.2.2007	Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Partei der Regionen, Wasil Kiselow, erklärt auf einer Pressekonferenz, dass er einen Gesetzentwurf über vorgezogene Neuwahlen sowohl des Parlaments als auch des Präsidenten vorlegen wird. Die Neuwahlen sollten zeitgleich im Herbst stattfinden. Gemäß der ukrainischen Verfassung liegt die Kompetenz zur Ausschreibung von Neuwahlen allein beim Präsidenten. Präsident Viktor Juschtschenko erklärt am Folgetag, dass Neuwahlen kein Ausweg aus der aktuellen politischen Krise seien und ruft alle politischen Kräfte zu einem konstruktiven Dialog auf. Julia Timoschenko hingegen fordert in einem Interview mit der Washington Times vom 2.3. ebenfalls Neuwahlen, da „von der demokratischen Ukraine nichts mehr über sei“, wenn die derzeitige Regierung bis 2011 im Amt bliebe. Ministerpräsident Viktor Janukowitsch bezeichnet die Forderung nach Neuwahlen am 5.3. als „grundlos“.
5.3.2007	Die EU und die Ukraine nehmen in Brüssel offiziell die Verhandlungen über ein neues Partnerschafts- und Kooperationsabkommen für den Zeitraum 2008 – 2018 auf.
6.3.2007	Ministerpräsident Viktor Janukowitsch trifft sich in Budapest mit seinem ungarischen Amtskollegen Ferenc Gyurcsany zur Unterzeichnung eines bilateralen Kooperationsabkommens. Die gemeinsamen Gespräche drehen sich unter anderem um die Zusammenarbeit im Energiesektor.
7.3.2007	Der polnische Präsident Lech Kaczynski und Präsident Viktor Juschtschenko einigen sich bei Gesprächen in Plock darauf, im Mai gemeinsam mit den Präsidenten von Azerbaijan, Georgien und Kasachstan einen Energiegipfel zu veranstalten, auf dem eine gemeinsame Exportroute für kaspisches Erdöl diskutiert werden sollte. Der langjährige ukrainisch-polnische Vorschlag, die Pipeline Odesa-Brody hierfür bis zur polnischen Ostseeküste zu verlängern, ist bisher wegen mangelnder Rentabilität nicht umgesetzt worden.
8.3.2007	Bei seinem offiziellen Besuch in Brüssel bespricht Präsident Viktor Juschtschenko mit hochrangigen EU-Vertretern die Verhandlungen über das neue bilaterale Partnerschafts- und Kooperationsabkommen. Als Termin für ein gemeinsames Gipfeltreffen in Kiew wird der 14. September 2007 festgelegt.
8.3.2007	Die amerikanische Zeitschrift Forbes veröffentlicht ihre jährliche Liste der Dollar-Milliardäre. Unter den weltweit insgesamt 946 Milliardären sind sieben Ukrainer: Rinat Achmetow (4 Mrd. US-Dollar), Viktor Pintschuk (2,8 Mrd. US-Dollar), Sergej Taruta (2 Mrd. US-Dollar), Witalij Gajduk (2 Mrd. US-Dollar), Igor Kolomojskij (1,2 Mrd. US-Dollar), Gennadij Bogoljubow (1,2 Mrd. US-Dollar), Konstantin Shewago (1 Mrd. US-Dollar). Im Vorjahr hatte Forbes nur 3 ukrainische Milliardäre aufgeführt.
9.3.2007	Das russische Außenministerium erklärt, dass die ukrainischen Versuche, Navigationsanlagen der russischen Schwarzmeerflotte auf der Krim mit Hilfe der Rechtsprechung ukrainischer Gerichte unter ukrainische Kontrolle zu stellen, den bilateralen Verhandlungsprozess gefährdeten und zu einer Eskalation führen könnten.
12.3.2007	Die Fraktionsspitzen von Block Timoschenko und Nascha Ukraine besprechen die Perspektiven einer einheitlichen Oppositionspolitik.

Die Ukraine-Analysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

ISSN 1862-555X © 2007 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.ukraine-analysen.de

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa

Russlandanalysen

Die „Russlandanalysen“ bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztexte bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: monatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatliche eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatliche eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.polen-analysen.de>

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

FSO-Fernsehtipps

Die „FSO-Fernsehtipps“ bieten zweiwöchentlich einen Überblick über Sendungen mit Bezug auf Ost- bzw. Ostmitteleuropa im deutschsprachigen Kabelfernsehen. Vorrangig erfaßt werden Spiel- und Dokumentarfilme aus und über osteuropäische Länder. Der Schwerpunkt liegt auf der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten (vor allem Russland), Polen, Tschechien, Slowakei und DDR.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de